

Aktuelle Post aus dem Kreistag (14)



20. April 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Vielleicht ging die erste Kreistagssitzung nach der Landratswahl so zügig über die Bühne, weil am Abend Jan Weckler in sein neues Amt eingeführt wurde. Da gabs Musik und Häppchen. Alle wichtigen Leute waren da.

Am selben Abend fand in der Stadthalle Friedberg das „Mahl der Arbeit“ des Wetterauer DGB statt. Unsere Fraktion entschied, den DGB zu unterstützen.

Die Kreistagssitzung, über die wir heute berichten, fand am 18. April 2018 statt. Eine umfangreiche Tagesordnung wurde bearbeitet.

Wir weisen heute einmal darauf hin, dass für die meisten Tagesordnungspunkte nur eine Minute Redezeit vorgesehen ist. Das ist nicht immer ganz leicht, denn oft würden wir ein Thema gründlicher darstellen.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Antrag DIE LINKE.: Endlich ein Konzept für Inklusion ausarbeiten
3. Antrag der Koalition aus CDU und SPD: Grundsatzbeschluss Schulbaufinanzierung im Wetteraukreis
4. Antrag der NPD: Keine Namenszensur der Mohren-Apotheke
5. Anträge von CDU/SPD und FDP: Besetzung einer hauptamtliche Stelle eines 2. Kreisbeigesordneten
6. Antrag der Grünen: Beratungssituation in der Ausländerbehörde verbessern
7. Antrag der FDP: Beitritt zur Gesellschaft „International Marketing of the Region FrankfurtRheinMain“

RÜCKLICHT



DIE LINKE.
Wetterau beim Ostermarsch in Frankfurt
Mit einem neu gemalten Transparent erreichte der Kreisverband der Linken Wetterau beim Ostermarsch große Aufmerksamkeit. Wir schafften es sogar in die Hauptnachrichten um 20 Uhr.



Erfolgreiches Forum des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“

Etwa 60 Gäste aus unterschiedlichen Organisationen und politischen Richtungen kamen zum dritten Forum des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ am 22. Februar 2018.

Professor Klundt referierte fachkundig zum Thema Kinderarmut. Er stellte Untersuchungen vor und zeigte Zusammenhänge auf. Die Gäste diskutierten engagiert und stellten auch eigene Projekte vor. Wir hoffen nun, dass es zukünftig auch im Wetteraukreis ein gemeinsames Handeln gegen Kinderarmut geben wird. Denn Kinderarmut ist ein Skandal für unsere reiche Gesellschaft!



Antrag DIE LINKE: Erarbeitung eines Konzepts zur schulischen Inklusion in der Wetterau

Die „Modellregion inklusive Bildung im Wetteraukreis“ läuft aus.

Gleichzeitig plant das Land Hessen 700 Sozialpädagogen, 8 Schulpsychologen und rund 2.500 Lehrkräfte neu einzustellen. Diese Aufstockung soll für Inklusion, Ganztagsangebote an den Grundschulen, Sprachförderung und Integration von Seiteneinsteiger/inne/n genutzt werden.

Ob oder wie weit diese Personalplanung ausreicht, die Anforderungen zu decken, die an die Schulen gestellt werden, ist nicht klar: das Land Hessen hat keine Bedarfe erhoben und keine Bedarfsplanung vorgelegt.

Wäre es in dieser Situation nicht nötig, an das Land heranzutreten und zu verdeutlichen, welche Ziele der Wetteraukreis mittelfristig bei der schulischen Inklusion hat und welche Personalressourcen dafür erforderlich sind?

Wir haben in unserem Antrag ein Konzept zur schulischen Inklusion für die Wetterau gefordert. Das sollte als Verhandlungsgrundlage mit dem Kultusministerium dienen.

Hier ist der ganze Text zu finden: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/873-inklusion-endlich-aus-dem-modell-herausf%C3%BChren-ein-inklusionskonzept-f%C3%BCr-die-wetterau.html>

Das ist unsere Rede im Kreistag:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, erst mal möchte ich eine Grundsatzbemerkung vorneweg schicken: Inklusion ist ein Menschenrecht. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Hier geht es also weder um Modelle oder Modellregionen noch um erneute Sonderung, wie das Hessen jetzt mit den inklusiven Schulbündnissen machen will: Das sollen Schwerpunktschulen sein, zu denen die Kinder mit Behinderung - wie bisher auch - kilometerweit hintransportiert werden. Damit fährt das hessische Kultusministerium die großartige Idee der Inklusion an die Wand: Sie wurde und wird als Sparprogramm umgesetzt und das betrifft uns auch hier im Wetteraukreis.

Inwiefern betrifft uns das?

Auch die Wetterauer Schulen sind nicht ausreichend für Inklusion ausgestattet. Wie überall fehlen Lehrkräfte, besonders Förderschullehrkräfte, es fehlen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Schulpsychologen und andere Professionen, die nötig sind, damit Inklusion auch gelingen kann.

Nach der UN-Konvention geht es um möglichst gute Förderung und dass Kinder mit Behinderung in ihrem sozialen Zusammenhang – also gemeinsam mit allen anderen Kindern und im Klassenverband – unterrichtet werden. Hierfür müssen alle Schulen fit gemacht werden und natürlich personell gut ausgestattet sein.

Jetzt ist bald Landtagswahl und die Landesregierung macht für sich Reklame mit der Neueinstellung von 700 Sozialpädagogen und einer großen Zahl neuer Lehrerstellen. 2500 oder gar 4000? Wer weiß... Hört sich jedenfalls gut an! Aber wie hoch der Bedarf an den hessischen Schulen ist, weiß die Landesregierung nicht: sie haben keine Bedarfsanalyse. Konzepte für den Einsatz der 700 Sozialpädagogen gibt's auch nicht.

Was ergibt sich aus diesen Gegebenheiten?

Es sollte zügig ein Konzept für Inklusion in der Wetterau erarbeitet werden! Welches Ziel wir für schulische Inklusion haben, sollten wir deshalb formulieren, damit der Personalbedarf – und natürlich auch der Investitionsbedarf – deutlich werden. Mit diesem Bedarf kann man an die Landesregierung herantreten. Es wäre im Interesse der Wetterauer Schulen, wenn von den geplanten Stellen eine bemerkbare Zahl in der Wetterau eingestellt würde und wenn wir uns nicht mit Modellen und Sparprogrammen abspeisen lassen würden. Dafür muss man aktiv werden!

Die Koalition aus CDU und SPD stellte zu unserem Antrag einen Änderungsantrag. Sie wollen kein Konzept erarbeiten, sondern Eckpunkte aufstellen. Damit werden keine Ziele formuliert, sondern lediglich solche Maßnahmen festgelegt, die schon existieren oder die es wenigstens teilweise schon gibt. Natürlich wurde der Änderungsantrag mehrheitlich beschlossen.

Antrag der Koalition aus CDU und SPD: Grundsatzbeschluss Schulbaufinanzierung im Wetteraukreis

Positiv an diesem Antrag ist, dass sich der Wetteraukreis bereiterklärt, Baumaßnahmen an Schulen voll zu finanzieren. Die Kommunen brauchen keinen Eigenanteil mehr bezahlen. 100 Millionen Euro sollen in den nächsten 4 Jahren in die Wetterauer Schulbauten investiert werden. Denn immerhin wird ein Bevölkerungswachstum von 10 Prozent erwartet und damit steigen auch die Schülerzahlen. Gebaut werden vom Kreis: Fach- und Klassenräume und unabdingbare Räume für den Ganztagsbetrieb (Speiseräume und Differenzierungsräume).

Negativ an diesem Antrag ist, dass keine Betreuungsräume zum Programm gehören. Betreuungsräume müssen zu 100 Prozent von den Kommunen getragen werden. Für Inklusion und Integration sind diese Räume aber wichtig. Auch Arbeitsräume für Lehrkräfte sind nicht vorgesehen. Im Ganztagsbetrieb sind Arbeitsräume und auch Ruheräume notwendig.

Hier unsere Rede:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, wir werden dem Antrag zustimmen, weil ein solches Investitionsprogramm notwendig ist. Auch finden wir gut, dass die Kommunen nicht zwingend verpflichtet sind, Eigenanteile zu finanzieren. Wir möchten aber ein paar Anmerkungen machen, denn einige Dinge bedürfen dringend einer späteren weitergehenden Veränderung:

Erstens: Wenn es richtig ist, dass Inklusion, Integration von migrierten Kindern und die Ganztagsbeschulung mehr begleitende Professionen brauchen - also so genannte multiprofessionelle Teams - dann kann man den Bau von Betreuungsräumen nicht doch wieder den Kommunen überlassen! Und dann auch noch zu 100 Prozent! Dann richtet sich der Schulbau eben nicht „nach den erforderlichen pädagogischen Anforderungen“, wie Sie es in Ihrer Begründung schreiben!

Zweitens: Es gibt viele gute Gründe, dass eine Schule eventuell nicht die Aufnahme in das Ganztagsprogramm der Landesregierung beantragt. Zum Beispiel, weil das eigene pädagogische Konzept besser ist aber durch den Pakt für den Nachmittag schlechter würde. Diese Schulen sollen in das mehr als fragwürdige Ganztagskonzept der Landesregierung gezwungen werden – sonst

*bekommen sie keine Investitionsmittel! Dann muss die Kommune auch zu 100 Prozent finanzieren. Das ist ein Unding!
Und zuletzt: Es fehlt komplett, dass Lehrkräfte im Ganztagsbetrieb auch Arbeits- und Ruheräume brauchen.*

Schaufensterantrag der NPD: Keine Namenszensur der Mohren-Apotheke

Die NPD springt auf eine Debatte auf: Ausländerbeiräte problematisierten den Namen „Mohren-Apotheke“ und hätten gern eine Umbenennung. Die NPD wittert „ideologisch verborte (!) linksfaschistische Namenszensur“.

Das haben wir dazu zu sagen:

*Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
es gibt in Deutschland etwa 100 Mohren-Apotheken. Nachdem der Ausländerbeirat Frankfurt eine Namensänderung beantragt und auf die rassistisch-kolonialistische Bedeutung des Beriffs „Mohr“ hingewiesen hatte, gab es eine öffentlich Debatte um den Apothekennamen.
Wir finden: diese Debatte muss man führen! Egal, ob dann am Ende die Apotheke weiter so heißt oder nicht! Mohr bezeichnet heutzutage nunmal einen kolonialen, rassistisch diskriminierenden Begriff.
Aber Mohrenapotheke ist nicht per sé postkolonial. Historiker verweisen darauf, dass der Begriff wahrscheinlich von „Maure“ kommt und darauf hinweist, dass im Mittelalter die islamische Medizin fortschrittlicher gewesen ist als im Abendland. Der Name der Apotheke hätte damals angezeigt, dass sie Arznei aus dem Morgenland importiert und verkauft.
Diese Argumente spielen in der derzeitigen Debatte um den Namen eine Rolle. Und auch, dass sich offensichtlich schwarze Menschen von dem Begriff diskriminiert fühlen. Wofür sie jedes Recht haben!
Dass sich jetzt die NPD völlig unqualifiziert in die Debatte einzumischen versucht, war eigentlich zu erwarten. Doch übrigens: Zur deutschen Kultur gehört auch, dass man in korrekter Orthografie schreiben kann.*

Anträge von CDU/SPD und FDP: Besetzung einer hauptamtlichen Stelle eines 2. Kreisbeigeordneten

Wir haben den Antrag der FDP unterstützt, die sich gegen die Besetzung dieser hauptamtlichen Stelle aussprach. Die Koalition dagegen möchte die Stelle neu besetzen und hatte die Einsetzung eines Wahlvorbereitungsausschusses beantragt.

Das war unsere Rede:

*Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
DIE LINKE ist gegen eine Stelle für einen zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten! Wir werden die Wahl eines solchen auch nicht befürworten. Die Mehrheit hier in diesem Kreistag hat 2013 mit der „Systematischen Aufgabenkritik“ einem drastischen Sparprogramm zugestimmt, das vor allem Bereiche im Sozialhaushalt gekürzt hat. Damals wandten Sie sich - also SPD und CDU - gegen die*

Stelle eines zweiten Kreisbeigeordneten. Ganz zurecht erschien es Ihnen unangebracht, für Posten Geld auszugeben, wenn gleichzeitig soziale Leistungen ausgedünnt und ausgelagert werden. Sie haben nach der Kommunalwahl den Posten des zweiten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten aus wahtaktischen Gründen in ihren Koalitionsvertrag geschrieben: Weckler und Becker-Bösch sollten gleiche Ausgangsbedingungen für den Landratswahlkampf haben. Aber wir sagen Ihnen was: Es ist immer noch unangebracht, für Posten Geld auszugeben, wenn soziale Leistungen ausgedünnt und ausgelagert werden und ausgelagert beliben!

Der Antrag der Koalition wurde natürlich angenommen.

Antrag der Grünen: Beratungssituation in der Ausländerbehörde verbessern

Diesem Antrag kann man nur zustimmen! Das haben wir in unserer Rede auch sehr deutlich gemacht:

*Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Wir unterstützen diesen Antrag der Grünen. Ich will es mal hier ganz deutlich sagen: In keiner anderen Behörde des Wetteraukreises würde man es sich erlauben, über einen so langen Zeitraum derart unzumutbare Bedingungen zu dulden! Keine Terminvergabe, keine Vorprüfung der Anliegen, keine Sicherheit, dass man an die Reihe kommt – auch wenn man sich in allerherrgottsfrühe anstellt.
Das ist für die Migranten nicht nur unzumutbar wegen der langen Wartezeiten, der hohen Fahrpreise oder weil sie aus dem Ostkreis manchmal am Tag vorher anreisen müssen, um morgens rechtzeitig eine Nummer ziehen zu können. Das ist vor allem auch deshalb unzumutbar, weil es oft Termine gibt, von deren Einhaltung ihr Aufenthaltsrecht abhängt. Und dann ist es bedrohlich, wenn man nicht drankommt und seine Angelegenheiten regeln kann.
Es ist übrigens auch für die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer unzumutbar und auch für die Migranten, die nur eine Einladung für einen Verwandtschaftsbesuch brauchen.
Schon 2013 sollte das Wetterauer Ausländeramt zu einer Willkommensbehörde umgestaltet werden. Es wäre gut, wenn das jetzt langsam mal passieren würde!*

Der Ausländerbeirat Friedberg hatte am 15. März 2018 gemeinsam mit dem Internationalen Zentrum Friedberg, der Linken Wetterau und ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfern eine Demonstration organisiert. Die Kandidaten zur Landratswahl sollen Verbesserungen im Ausländeramt Wetterau durchsetzen.



Antrag der FDP: Beitritt zur „International Marketing of the Region FrankfurtRheinMain GmbH“

Der Wetteraukreis war schon einmal Mitglied dieser Firma. 2013 wurde die Mitgliedschaft gestrichen – aus Spargründen. Wer Zeit findet, kann sich einmal die Internetseite dieser Firma ansehen. In feinstem neoliberalen Sprech wird dort über die Vermarktung der Region schwadroniert. Wir wollen aber die Region nicht vermarkten!

Das haben wir in unserer Rede deutlich gemacht:

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich wills mal so sagen: Ein Wirtschaftskonzept sieht anders aus!

Bevor wir zustimmen würden, dass der Wetteraukreis wieder Mitglied der Gesellschaft

„International Marketing of the Region FrankfurtRheinMain“ wird, sehen wir ganz andere

Prioritäten: Der Wetteraukreis sollte beispielsweise wieder Mitglied bei der Schutzgemeinschaft

Vogelsberg werden und dort seinen Mitgliedsbeitrag deutlich höher gestalten, als das früher der

Fall war. Mit den eingesparten 40 000 Euro – die sind hier in diesem Antrag gefordert – wäre das ja

auch ohne Probleme machbar! Immerhin kontrolliert die Schutzgemeinschaft die Pegelstände des

großen Wasserreservoirs Vogelberg und trägt mit ihrer Arbeit zu einer sehr wichtigen Sache bei:

dass mit dem wertvollen Grundwasser nachhaltig umgegangen wird!

Wie nachhaltig diese Marketing GmbH ist, ist gelinde gesagt fraglich. Auf deren Webseite ist zu

finden, was sie macht: Sie knüpfen Kontakte zu Städten und Landkreisen. Das ist ja auch ganz

wichtig, weil man die ja nicht im Internet findet. Und der Wetteraukreis hat ja auch keine eigene

Wirtschaftsförderung, oder?

Und auch ganz nett: Sie stehen für Fragen rund um das Steuer- und Arbeitsrecht zur Verfügung.

Wenn man die Seite anschaut, ist naheliegend: Sie zeigen Steuerschlupflöcher auf und beraten, wie

Arbeitnehmerrechte umgangen werden können. Zu mehr Punkten kann ich leider zeitlich keine

Stellung nehmen. Es kämen aber noch mehr Ablehnungsgründen heraus!

Natürlich wird jetzt die erneute Mitgliedschaft geprüft. Es scheint gaaaanz wichtig zu sein, dass man das Geld dubiosen Firmen in den Rachen schiebt.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber